

# Dem Regionalplan droht der Papierkorb

FLZ 15.1.2014

Planungsverband arbeitet nach derzeit geltenden Gesetzen – Bürger und Kommunen fürchten um Investitionen

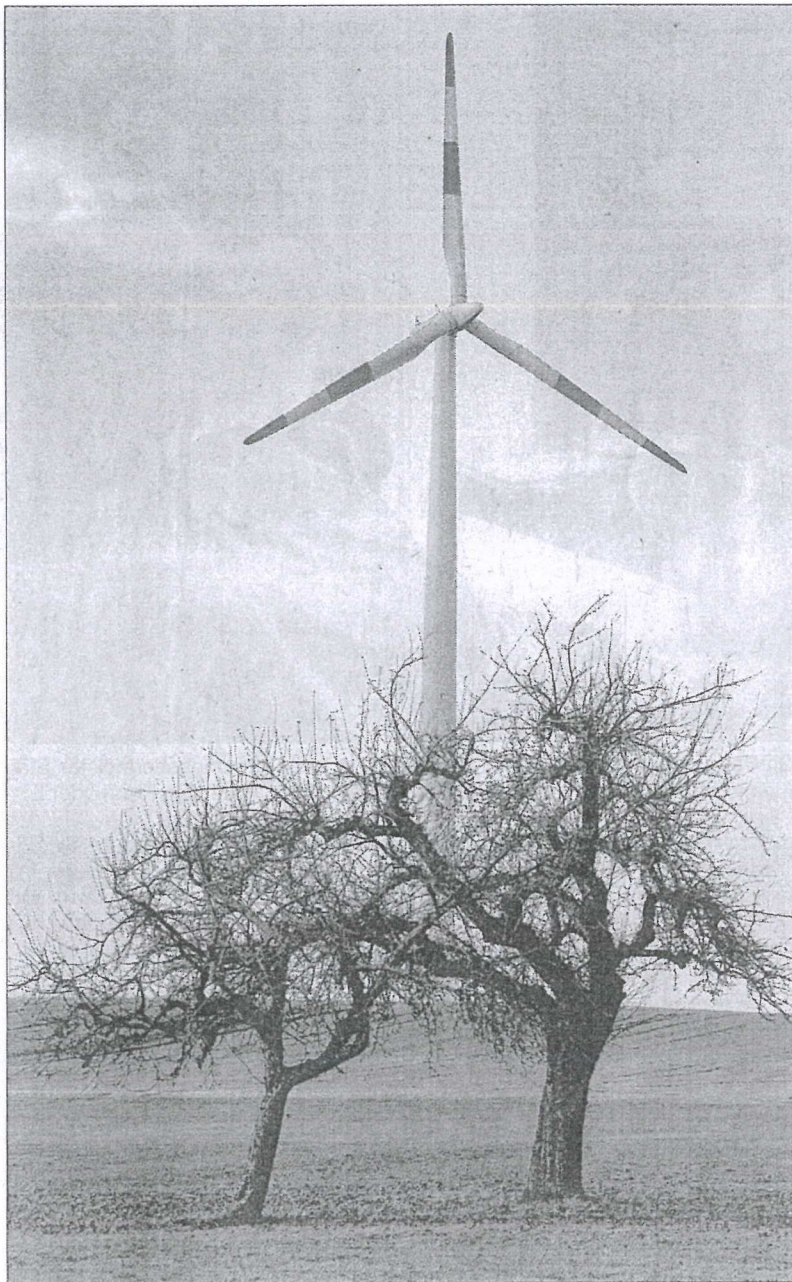
**ANSBACH/NEUSTADT (edü) –** Seit Jahresbeginn sitzt Dr. Diana Schödl im Ansbacher Schloss vor dem Berg Papier. Stellungnahmen Dutzender Behörden stapeln sich vor der Fachplanerin des regionalen Planungsverbands. Sie äußern sich dazu, ob der Regionalplan in Westmittelfranken geändert werden kann, um weitere Windräder zu bauen. Möglicherweise arbeitet sie in diesen Wochen für den Papierkorb.

Zumindest lässt eine Pressemitteilung des bayerischen Finanzministeriums diesen Schluss zu. Demnach hat das bayerische Kabinett entschieden, dass für alle vor dem 7. August 2013 gestellten Anträge auf Verbindlichkeitserklärung einer Regionalplanfortschreibung „Vertrauensschutz gilt“. Was nach dem Datum beantragt wurde, muss auf weitere Entscheidungen aus München warten.

## 5 neue Standorte in Westmittelfranken

Die 18. und 19. Änderung des Regionalplans für Westmittelfranken sind noch im Verfahren. Jeweils wird bei den sogenannten Trägern öffentlicher Belange abgewogen, ob auf den beantragten Standorten Windkraftanlagen gebaut werden können. Insgesamt geht es um 15 eng begrenzte Gebiete, auf denen der Wind zur Stromerzeugung genutzt werden soll. Die 18. Änderung ist abgearbeitet, die notwendigen Beschlüsse im Planungsausschuss sind weitgehend gefasst. Am 6. März kann der Ausschuss den Antrag auf Verbindlichkeitserklärung stellen.

Für die sechs Standorte, die für die 19. Änderung beantragt wurden, hatten die Behörden bis Weihnachten Zeit, ihre Stellungnahmen einzureichen. Derzeit sitzt Diana Schödl als Fachplanerin über den Stellungnahmen um daraus Beschlussvorschläge



Viele Bürger wollen in Windräder investieren. Doch entgegen der Gesetzeslage will die Staatsregierung weitere Standorte verhindern. Foto: Albright

zu formulieren. Sie führt ihre Aufgabe so aus, als würde es die politische Diskussion um die Abstandsflächen nicht geben. Wie berichtet, will Ministerpräsident Horst Seehofer Abstände zwischen Windrädern und Siedlungen durchsetzen, die der zehnfachen Anlagenhöhe – praktisch zwei Kilometer – entsprechen. Diana Schödl prüft nach der jetzt geltenden Abstandsregelung, nämlich 800 Meter zum nächsten Ort.

Denn die Fachplanerin hat ihren Auftrag vom Planungsverband. Und der, so eine Auskunft der Geschäftsführung, „arbeitet derzeit weiter an den Planungen entsprechend der aktuellen Gesetzeslage“.

## Zonierungskonzept aus der Staatskasse bezahlt

Auf dieser Grundlage hätten alle 15 beantragten Windkraft-Standorte gute Chancen. Auch der Standort bei Birkenfels im Naturpark Frankenhöhe, wo vier Bürgerwindräder gebaut werden sollen. 50 000 Euro, weitgehend aus der Staatskasse, wurden für die Standortsuche („Zonierung“) investiert. Weitere mindestens 80 000 Euro wurden bisher für Planungen aufgewandt. „Ich kann nur hoffen, dass unser Projekt positiv beschieden wird“, so Hans Henninger, Bürgermeister Flachslandens und einer der Initiatoren des Projekts. Unterstützung könnte er von einer „Klagegemeinschaft Pro Windkraft“ bekommen, die jetzt der frühere Bundestagsabgeordnete der Grünen, Josef Fell, gegründet hat.

Dagegen haben Bürger in Rühlingstetten bei Wilburgstetten gut lachen. Obwohl die 18. Änderung des Regionalplans nicht rechtsverbindlich ist, haben sie für ihr Windrad die Genehmigung des Landratsamts Ansbach bekommen. Dabei erfüllt ihr Standort keine anderen Bedingungen als der im Naturpark Frankenhöhe oder sonst wo in Westmittelfranken (siehe auch Kommentar)